

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:  
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,  
 in Deutschland vierteljährlich 1 M. 50 Pf., mit Botenlohn 2 M.

Anzeigen: die Kleinanzeigen von deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

## Morgen-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Hoffe, Haackstein & Bogler, G. L. Danne, Invalidenten. Berlin: Bernh. Arndt, Mar. Gerhardt, Eberhard W. Thienes, Greifswald G. Mies, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heintz, Köpcke, Köpcke & Co.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt in Deutschland auf allen Postanstalten vierteljährlich nur 1,50 Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermittelt.

## Die Redaktion.

## Deutschland.

O Berlin, 21. Dezember. Der Abschluß der Arbeiten für die nächste Landtagsession, deren Eröffnung für den 11. Januar in Aussicht genommen ist, wird innerhalb der Regierung thätig gefördert. Man ist zur Zeit mit der Vorbereitung für die Eröffnungsrede beschäftigt und es ist wahrscheinlich, daß das königliche Staatsministerium noch vor dem Fest dieserhalb das Nöthige beschließt.

Seit Gründung der Zentralkasse für das Genossenschaftswesen entwickelt sich dieser bisher hinter dem Bedürfnis zurückgebliebene Zweig der Selbsthilfe beruhenden Organisationen auf dem Gebiete des Gewerbetreibenden in der erfreulichsten Weise. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, welche bei Errichtung der Kasse in erster Linie ins Auge gefaßt waren, wachsen an Zahl und Ausdehnung von Jahr zu Jahr. Die Vermehrung beträgt mehr als tausend im Jahr. Während dem gegenüber in den ersten Jahren das gewerbliche Genossenschaftswesen in der früheren Stagnation verharret, hat sich darin in letzter Zeit eine sehr erfreuliche Veränderung zum Besseren vollzogen. Auch auf diesem Gebiete pulst es in Mittelstade kräftigeres Leben. Gewerbliche Produzenten, Verkäufer, Einkäufer, Magazingenossenschaften u. s. w. sind in großer Zahl entweder bereits entstanden oder im Entstehen begriffen. Endlich erstreckt sich die Genossenschaftsbildung auf neue Zweige produktiver Tätigkeit, z. B. die Belebung von Zucker und Spiritus.

So reich und vielgestaltig diese Entwicklung aber auch erscheint, so ist ihr doch ein einheitlicher Grundzug gemein: sie dient in erster Linie zur Förderung und Erhaltung des Mittelstandes und stellt sich daher als ein sehr wirksames Mittel zur Erreichung des wirtschaftlich und sozialpolitisch gleich wirksamen Zieles der Erhaltung und Hebung des selbstständigen Mittelstandes dar. Den Zweck dieser erwünschten Entwicklung hat zweifelsohne die Einrichtung und Tätigkeit der Zentralkasse für das Genossenschaftswesen gegeben.

Mit der Ausdehnung ihrer Tätigkeit steht das Betriebskapital der Genossenschaftskasse nicht mehr im richtigen Verhältnis. Trotz der inzwischen bereits erfolgten Erhöhung desselben reicht es in seinem jetzigen Betrage nicht entfernt für den gegenwärtigen und den demnächst mit Sicherheit zu erwartenden Geschäftsumfang der Zentralkasse aus. Seine baldige Vergrößerung ist daher ein dringendes Bedürfnis. Man wird sonach für die nächste Landtagsession mit Sicherheit eine Gesetzentwurf vorlegen, durch welche die Regierung in den Stand gesetzt werden soll, das Betriebskapital der Zentralkasse für das Genossenschaftswesen erheblich zu vergrößern.

Nach der „M. L.“ wird ein allgemeiner Delegiertentag der national-liberalen Partei im Frühjahr berufen werden. Der Termin hängt von der Dauer der gegenwärtigen Reichstagsession ab. Vielleicht sei der Zentralvorstand in der nächsten Sitzung, die am 1. Mitte Januar stattfindet wird, bereits in der Lage, den Termin festzulegen.

Die im Reichsamte des Innern veranlaßte Konferenz beruht nicht, wie verschiedentlich gemeldet wurde, über den Entwurf eines Auswanderungsgesetzes, sondern über den Entwurf von Ausführungsbestimmungen zum Auswanderungsgesetz vom 9. Juni 1897. Dieser Entwurf wird später dem Bundesrathe unter-

breitet und von diesem endgültig festgestellt werden. Hauptsächlich werden darin Bestimmungen über Beschaffenheit, Einrichtung und Verprobantierung der Auswandererschiffe, über amtliche Besichtigung und Kontrolle dieser Schiffe, über ärztliche Untersuchung der Reisenden und der Schiffsbesatzung vor der Einschiffung, über den Geschäftsbetrieb der Unternehmer und Agenten u. s. w. getroffen werden. Der Bundesrat dürfte im Januar n. J. Gelegenheit erhalten, zu allen diesen Fragen Stellung zu nehmen. Damit wird aber keine vorbereitende Thätigkeit für die Ausführung des Auswanderungsgesetzes nicht abgeschlossen sein. Es wird sich bei Beginn des nächsten Jahres für ihn auch darum handeln, den sachverständigen Beirath zu bilden, welcher den Reichstanzler bei Ausführung der diesem in der Ordnung des Auswanderungswesens zugehörigen Befugnisse unterstützen soll. Die Befugnisse des Reichstanzlers auf diesem Gebiete sind verschiedenes. So erhält er verlagert die Erlaubnis zur Verbringung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern, läßt in den Hafenorten die Aufsicht über das Auswanderungswesen aus u. s. w. Bei der Ausführung einiger Befugnisse muß er sogar den Beirath befragen, so vor Ertheilung der Erlaubnis für solche Unternehmungen, welche die Verbringung eines bestimmten Gebietes in überseeischen Ländern zum Gegenstande haben, sowie im Falle der Verbringung oder des Wiedereintritts eines Unternehmers ertheilt den Erlaubnis. Der Bundesrat wird, während der Kaiser den Vorsitzenden des Auswanderungs-Beiraths ernannt, einmal die Mitglieder des letzteren zu wählen, sodann aber auch durch ein Reglement die Organisation des Beiraths zu regeln haben.

Das Auswanderungsgesetz tritt übrigens am 1. April 1898 in Kraft, jedoch zu allen diesen Arbeiten genügend Zeit vorhanden ist.

Aus dem Artikel der „Times“ über die Kompensation, welche England für sich in Aussicht nehmen muß, heben wir folgende Darlegung hervor:

Das Gleichgewicht der Mächte ist vollständig gestört, wenn England und Deutschland sich mit ihrer Seemacht am Eingange des Golfes von Sizilien festsetzen. In Nord-China sind die englischen Interessen verhältnismäßig nur beschränkt. Aber im Süden, vom Yangtsekiang bis zur Grenze von Kanton, sind sie die vorherrschenden. Wir können nicht gleichgültig Veränderungen gegenüber bleiben, welche durch ihre Wirkung auf die Regierung in Peking, und durch die Verdrängung der Seemacht im fernsten Osten die Bedingungen ernstlich in Frage stellen, auf welche unsere wirtschaftliche Vorherrschaft in diesem Theile der Welt gegründet ist. Als Hongkong 1841 eine britische Kolonie wurde, da erschien es von der höchsten Wichtigkeit, den Verkehr der großen Stadt Kanton zu beherrschen und den Zugang zu ihr zu kontrollieren. Seit dem ist Shanghai, weit entfernt vom Norden, zum großen Mittelpunkt des englisch-chinesischen Handels emporgewachsen. Dieser Hafen, mit den ungeheuren Interessen, deren Mittelpunkt er ist, liegt näher zu Kanton und auch zu Port Arthur, als zu Hongkong. Der Stand der Dinge hat sich deshalb in den wichtigsten materiellen Beziehungen geändert, seit es vor mehr als einem halben Jahrhundert endgültig entschieden war, daß wir uns in Hongkong festsetzen, statt die Flottenstation in Chusan-Archipel beizubehalten, welche die Verbindung des Yangtsekiang und die Bai von Sanhschuan beherrschte und den Zugang zu Shanghai befehlte.

Die Hauptinsel war zweimal von den britischen Streitkräften genommen worden, 1840 und 1841, und ist fünf Jahre lang in unseren Händen geblieben als eine „materielle Garantie“ für die Erfüllung der vertragmäßigen Verpflichtungen von Seiten Chinas.

Als wir die Insel 1846 aufgaben, wurde durch den Vertrag von Peking Tientsin bestimmt, daß der Ort niemals irgend einer anderen fremden Macht abgetreten werden dürfe und daß England, im Falle eines Angriffs auf Chusan, diese Stellung beibehalten solle. So besetzt England eine bevorzugte Stellung in Bezug auf Chusan, welche nicht hinter derjenigen zurücksteht, die England in Bezug auf Port Arthur in Anspruch nimmt auf Grund des Umstandes, daß ihm der Hafen „Hilfszweigend von dem ganzen diplomatischen Konzentrat von Europa angehängt wurde“. Mit Rücksicht auf die Veränderungen an den Küsten von Nord-China und auf die hervorragende Wichtigkeit des britischen Handels in Shanghai sollte die chinesische Regierung in Peking höflich veranlaßt werden, auf die britische Flotte das gleiche „sympathische Interesse“ zur Anwendung zu bringen, mit dem sie der russischen Flotte die Besetzung in Port Arthur als „Winterquartier“ zugestanden hat. Die Vorteile von Chusan und die Folgen der kleineren Inseln in Bezug auf die Einverleibung sind anerkannt. Die Schiffsahrt in den hauptsächlichsten Engen des Pazifiks scheint keine Schwierigkeiten zu bieten und eine Station könnte ruhig gegründet werden, ohne das Risiko, das eine Okkupation von Festland mit sich brachte, wo der Boden dicht bevölkert ist und die Einwohner schwer zu regieren sind. Es ist möglich, daß ein anderer und leichter durchführbarer Vorschlag gemacht wird; aber es wäre kaum ratsam, wenn man jetzt, bei den Stellungen der russischen und deutschen Flotte im Norden, den Handel von Shanghai abhängig machen wollte von dem Schutze einer britischen Flotte, deren Basis so weit abläge, wie Hongkong.

Der Artikel schließt: Japan werde möglicherweise durch die neuen Verhältnisse dazu bestimmt werden, die Forderung zu stellen, seine Stellung in Wei-Wei-Wei festzuhalten, einerseits, ob China die Kriegskosten bezahle, was doch noch in weitem Maße zu stehen scheint.

Mit schmerzlicher Theilnahme wird in weiten Kreisen die Nachricht aufgenommen werden, daß die Frau Fürstin zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Gemahlin des Reichstanzlers, heute Morgen 9½ Uhr in Folge einer Lungenentzündung gestorben ist. Die Fürstin, geborene Prinzessin Marie zu Sayn-Wittgenstein-Beleberg, war am 16. Februar 1829 geboren, stand also im 69. Lebensjahre. Sie hatte sich 1847 an ihrem Geburtsorte zu Frankfurt a. M. mit dem Fürsten Ghibowitz-Hohenlohe vermählt. In diesem 16. Februar konnte das fürstliche Ehepaar den Tag der goldenen Hochzeit feiern. Dem beschiedenen Sinne des Fürstlichen Paares entsprach es nicht, diesen Tag in einem glänzenden Mahlen zu begehen;

sondern einfach wurde er gefeiert. Den sozialen Bestrebungen, welche namentlich darauf gerichtet sind, das Loos der Kranken und Alten zu erleichtern, brachte die Fürstin das lebhafteste Interesse entgegen. Sie liebte es freilich nicht, von diesem ihrem Wirken Aufheben zu machen. In Berlin wurde aber kein Pazar für die Armen und Kranken abgehalten, der nicht an der Fürstin eine Gönnerin fand, indem sie entweder Gaben spendete oder reiche Einkäufe machte. Mit dem lebhaftesten Eifer unterstützte sie namentlich die Bestrebungen für die Errichtung von Lungenheilanstalten; sie übernahm den Vorsitz in den darauf gerichteten Vereinen; unermüdet war sie für ihre Lieblingsideen thätig, hielten von ihrer Tochter der Prinzessin Elisabeth eifrig unterstützt. Gleich ihrem Gemahl, dem Reichstanzler, lag sie aber auch mit besonderer Passion dem Ausland zu; auf ihren Bestellungen in Ausland jagte die dem nächsten Jahre sich nähernde Dame im vorigen Jahre noch auf Bären; auf der letzten Gewerbeausstellung wurden ihre Jagdtrophäen ganz besonders von den „Gnährböden“ bewundert und mit Preisen ausgezeichnet. Die Fürstin war Ehrenname des kaiserlich bayerischen Theresien-Ordens. Bis in die letzte Zeit erfreute sie sich einer ausgezeichneten Gesundheit. — In vergangener Woche war die Fürstin nach Paris gereist, wo sie an einer linksseitigen Augenentzündung erkrankte. Starb siebend trat sie die Rückreise an und langte Freitag Abend in sehr leidendem Zustande hier an. Das Fieber stieg zeitweise bis auf 40 Grad, es trat bald Verwirrung hinzu, sodas man bereits gestern auf das Schlimmste gefaßt war. Die Fürstin wurde gestern mit den Sterbesakramenten versehen und ist heute Vormittag kurz vor 10 Uhr im Kreise der Ihrigen, des Gatten und der Kinder, sanft entschlafen. Bis wenige Minuten vor ihrem Tode blieb sie bei vollem Bewußtsein. Dem Kaiser, der sich gestern Abend nach Thron begeben hatte, wurde telegraphische Mittheilung gemacht. Von den Hofkapellen und Hofmusikanten und aus den Kreisen des Hofes liefen bereits im Laufe des Vormittags Beileids-Ausdrücken ein.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Dezember. Bedeutend sind die Aenderungen, die in Wien zwischen dem Fürsten Adam Sapieha an der Spitze der in Galizien herrschenden politischen Abspaltung und dem gestürzten Ministerpräsidenten Grafen Badeni gewirkt wurden. Die Schiefer fallen und man sieht, wie sehr Graf Badeni die Deutschen belogen und betrogen hat, indem er ihnen von einem Parallelsismus der politischen und deutschen Interessen in Oesterreich kumerte. Graf Badeni deutete an, daß er seine politische Thätigkeit nicht aufgeben, da er in die Reihen der politischen Abspaltung zurücktreten wollte. Er suchte eine gründliche Veränderung der Sprachverordnungen für seinen Nachfolger zu erwirken, indem er sagte, daß Aenderungen, obwohl deren einige möglich seien, nur auf Kosten des Staatsinteresses erfolgen können. Graf Badenis früherer Aede an die Gegenüber, in der er die geschäftlichen Ziele für die Galizier erklärte, die Beschimpfungen der deutschen Opposition durch den Fürsten Adam Sapieha, endlich der Trinkspruch des Hofrats Piental auf Badeni ergänzen das Bild der politischen Unvollständigkeit, in der Mangel an Wahrhaftigkeit mit zureichender Frechheit sich mischen. Dr. Piental meinte, unter Badenis Regierung habe die Stunde der Gerechtigkeit für die Galizier geschlagen. Die politische Gerechtigkeit wurde gleichzeitig durch eine ruthenische Wählerverammlung in Vorzow — eine zweite Nutzenverammlung im Bezirk Perzhenitz wurde vom Bezirkshauptmann verboten — betastet.

Die ruthenische Abgeordnete Dr. Jaroslawicz sagte dort, die ruthenischen Abgeordneten hätten sich durch das vom Polenklub erhobene Banner der slavischen Solidarität und der Autonomie nicht täuschen lassen. Die Nutzen hätten davon und von Erweiterung der politischen Landtagsbefugnisse nichts für sich zu erwarten. Sie müßten diesen den Antrag auf Theilung Galiziens entgegenstellen. Die slavische Sache bedürfe nicht einer ungerechten Verheißung. Für die Nutzen könne eine Befreiung der Lage nur von Wien erfolgen. In Wien hat inzwischen Baron Gausch den früheren galizischen Statthalter-Vizepräsidenten und späteren Statthalter in Wäher, Freiherrn Hermann von Löbl, zum Minister für Galizien ernannt. Löbl war bei den Polen und dann auch bei dem deutschen Landesauschuss in Wäher nicht unbeliebt. Er wird nach halbamtlicher Formel nicht eigentlich politischer Vertrauensmann des Polenklubs, sondern galizischer Verwaltungsschachmann im Beamtenministerium sein. Seine Berufung scheint anzudeuten, daß Baron Gausch sich nicht von vornherein einen Oberaufseher der politischen Schlacht in sein Kabinett setzen wollte. Es fehlt hier nicht an Politikern, die behaupten, Baron Gausch könne sich den Zorn des Grafen Badeni, die hier noch die herrschenden seien, nicht entziehen, selbst wenn er wollte. Bestimmten sagen, er wolle gar nicht. Andererseits wird jedoch, namentlich in deutschen Abgeordnetentreffen, verbreitet, daß Gausch guten Willen habe, die Stellung der Deutschen zu verbessern und die Polen langsam herüberzuziehen, daß er dabei aber außerordentlich vorsichtig sein müsse. Mit einiger Thatkraft würde er in dieser Hinsicht jedenfalls mehr erreichen, aber eine sehr langjährige Ministerthätigkeit des Barons Gausch hat bisher keineswegs bei ihm irgend einen Plan oder guten Willen erkennen lassen.

## Frankreich.

Paris, 20. Dezember. Das „Journal des Debats“ sagt anknüpfend an die Nachricht der „Mün. Ztg.“, daß die Meldung von der Besetzung Port Arthurs durch die Russen die deutschen Staatsmänner nicht überrascht habe: Die Wichtigkeit dieser Meldung wird Niemand leugnen, sie beweist nämlich entweder, daß Rußland und Deutschland gemeinsam handeln, indem das erstere Port Arthur, das letztere Kiao-tschou besetzt, oder wenigstens in dem Falle, daß diese Verhängung nicht erfolgt ist, daß die deutsche Regierung nicht daran denkt, die Pläne Rußlands betreffs Port Arthurs zu durchkreuzen. Zweifelsohne wird dies zur Folge haben, daß Rußland seinerseits nichts gegen die Besetzung Kiao-tschous durch Deutschland einwenden. Die „Republique Francaise“ erörtert die Ausfassung zu den wichtigsten Mitgliedern des Nationalverbandes in Athen gegangen, um sie von einer

Port Arthur und schreibt: Da die englische Presse dem moskowitzischen Bären keine Verweise zu geben mag, weil sie dessen Taten und Braven befürchtet, so stellt sie absonderliche und abentheuerliche Theorien auf. Ihrer Ansicht nach soll die Haltung Rußlands und Deutschlands ein Vorgehen für die Theilung des himmlischen Reiches sein; es sei daher von Bedeutung, daß auch England sich bemühe, verschleierte Vorkaufsrechte zu erlangen, die alsdann im Augenblick der Krisis zur Geltung gebracht werden könnten. Die englische Presse lüde auch Japan aufzureizen, aber in Japan wisse man ganz gut, daß ein Kampf gegen Rußland einen Kampf des irrenden Topfes gegen den eisernen Topf bedeute. Japan sei zu allererst um seine Handelsinteressen besorgt und lüde sich vor, im Einklang mit Rußland zu handeln. Die Machtansprüche Englands würden ohne Wirkung bleiben. Die sogenannte glänzende Vereinigung des britischen Reiches, auf die man in England stolz zu sein scheint, werde am Ende ihm noch theurer zu stehen kommen.

Madame Floquet hat an die parlamentarische Panama-Untersuchungskommission einen Brief gerichtet, in dem sie den Vorsitzenden ersucht, seinen Kollegen einen Brief ihres Gatten mitzubringen, den dieser in dem Augenblick geschrieben hat, als seine politischen Gegner ihm seine Ehre hätten nehmen wollen. Die Zeilen sind datirt vom 18. Februar 1893. In dem Schreiben heißt es: „Ich befinde mich sehr leidend und schreibe auf's neue, ob ich sterbe, daß in den Erklärungen von Charles Lefevre über das angeblich von mir an ihn gerichtete Schreiben kein wahres Wort ist. Diese Unterbrechung hat nicht stattgefunden. Ich habe nichts verlangt und nichts erhalten. Mir wurde ohne eine Auforderung meinerseits eine Liste von Tagesblättern unterbreitet mit Bezeichnung der Summe, die jedes Blatt erhalten sollte.“

## England.

London, 21. Dezember. Im Mißfalle mit den Berichten aus Portsmouth über die freundliche Aufnahme und Erbringung der Offiziere und Mannschaften des deutschen Geschwaders steht der heutige Leitartikel der „Morning Post“, der nach der Behauptung, daß Deutschlands koloniale Unternehmungen im Großen und Ganzen stets im Geiste der Feindseligkeit gegen England ausgeführt worden seien, sagt: „Die Erwägung der Väterlichkeit Deutschlands gegen Großbritannien veranlaßt uns, einige Einzelheiten der gegenwärtigen Bewegung mit Vorurtheil zu betrachten. Warum läuft das deutsche Geschwader britische Häfen an? Großbritannien steht auf freundschaftlichem Fuße mit China und Japan. Prinz Heinrich geht nach China mit einem starken Geschwader, von dem es nöthigenfalls Gebrauch machen soll. Wenn sein Geschwader im fernsten Ostasien ankommen sollte, würde die britische Regierung glauben können, daß es kaum freundlich China gegenüber wäre, der feindlichen Flotte die Einmischung von Kohlen in britischen Häfen gestattet zu haben. Das Völkerecht gestattet dies allerdings; aber es scheint bemerkenswerth, daß die Macht, die sich jähling so unfreundlich gegen England benahm, deren Presse Reid, daß Groß (?) gegen alles, was britisch ist, abmüht, die Galkreisfahrt britischer Häfen für ihre Flotte vorsehen sollte, während sie beschäftigt ist, ein neubeständiges Reich zu gründen auf Kosten einer Nation, mit der Großbritannien keinen Streit hat.“

Portsmouth, 21. Dezember. Man glaubt hier, daß die deutschen Kreuzer „Deutschland“ und „Gefion“ morgen werden abfahren können. Die „Deutschland“ liegt dicht bei den englischen Kriegsschiffen „Mars“ und „Prince George“.

## Griechenland.

Die „Mün. Ztg.“ theilte die Depeschen mit, die jüngst General Matris veröffentlicht hat, um nachzuweisen, daß Delhann von allen Schritten des Nationalverbandes unterrichtet war und selbst den unglücklichen Krieg heraufbeschworen hat. Diese Beweise waren so belastend, daß sich jetzt auch Delhann selbst veranlaßt gesehen hat, in seinem Blatte „Prota“ zugestehen, daß das Eindringen der Freischaren des Nationalverbandes aus Thessalien in türkisches Gebiet vor Ausbruch des Krieges mit seiner Genehmigung erfolgt ist. Er veröffentlicht eine von ihm an den Nomarchen von Larissa gefandte Depesche vom 5. (17.) März folgenden Inhalts: „Wir beharren nicht mehr auf den Anweisungen, die wir Ihnen wegen der Freischaren gegeben haben, die der Nationalverband ausgerüstet hat. Deshalb verhindern Sie sie nicht, vorzugehen, wenn sie dies zu thun wünschen. Theilen Sie dem Führer der Freischaren diesen Regierungsbeschluss mit.“ Delhann behauptet, daß die Abwendung dieser Depesche erfolgt ist, weil man nach den mehrfachen Berichten der Nomarchen von Trikala und Larissa ein solches Vorgehen der türkischen Truppen befürchtet habe. Am 25. Februar seien in Thessalien an der Grenze 17353 Mann griechischer Truppen versammelt gewesen, während die Zahl der dortigen türkischen Truppen doppelt so groß gewesen sei. Der Aufmarsch der griechischen Truppen und ihre Ansrückung seien noch lange nicht beendet gewesen und wären durch ein Vordringen der Türken wesentlich gehindert worden. Deshalb hätte die griechische Regierung angeordnet, daß die Freischaren des griechischen Nationalverbandes von ihrem Vordringen in türkisches Gebiet nicht zurückgehalten seien. Doch seien nach noch nicht 48 Stunden darauf sowohl die Nomarchen wie General Matris telegraphisch angewiesen worden, auf alle Fälle einen Zusammenstoß der Truppen an der Grenze zu verhindern und die Freischaren von einem Eindringen in türkisches Gebiet abzuhalten. Zur rascheren Durchführung dieser Anordnung sei auch der Kronprinz persönlich nach Thessalien gefahren worden. Die Führer der Freischaren hätten jedoch nicht von ihrem Vordringen Abstand nehmen wollen, die Regierung habe aber trotzdem abermals telegraphisch, ein Zusammenstoß an der Grenze müsse unter allen Umständen verhindert werden. Aus Anlaß einer Depesche des griechischen Oberbefehlshabers in Arta, der das Verbot und vorzeitige Vorgehen der Freischaren an der Grenze als gefährlich und unpatriotisch bezeichnet habe, sei Delhann mitten in der Nacht aus Athen nach Larissa gefahren, um die wichtigsten Mitglieder des Nationalverbandes in Athen gegangen, um sie von einer

Anordnung des Vorgehens abzuhalten. Trotzdem seien die Freischaren über die Grenze gegangen, und am 14. März habe der Nationalverband sogar erklärt, daß er mit der Politik der Regierung nicht zusammengehen wolle. Wir sind der Ansicht, daß diese Ausführungen Delhann's lediglich bestätigen, daß er die eigentliche Schuld am Ausbruch des Krieges trägt. Er muß selbst die Mithilfe der vom General Matris mitgetheilten Depesche bestätigen, wonach die griechische Regierung, d. h. also Delhann, sich nicht gescheut hat, grade heraus zu erklären, daß ihr der Ausbruch eines Krieges mit der Türkei nicht unerwünscht sei, daß aber in ihrer Haltung die äußerste Vorsicht geübt werden müsse. Das steht jetzt unendlich fest und das scheint uns zur Verantwortung der gestellten Frage zu genügen. Ob darüber hinaus Delhann sich in der Rolle des Nebenbetrügers gefallen will, ist im Uebrigen nebensächlich, seine Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch wird dadurch nicht aufgehoben.

## Von der Marine.

An dem Kreuzer G., welcher im März n. J. auf der Germania-Werft-Kiel von Stapel laufen soll, arbeiten jetzt 600 bis 620 Mann täglich. Nachdem die in Regel im Bau befindlichen Maschinen eingebaut sein werden, soll das Schiff gegen Ende des Sommers an die Marine abgeliefert werden. Man erwartet von dem kleinen Kreuzer eine Geschwindigkeit von 19 Knoten. Die Kesselung für das Dampfschiff „Graf König Wilhelm“ auf der Germania-Werft ist jetzt fertig gestellt. Der Zeitpunkt für das Legen der ersten Kielplatte des Schiffes ist zwar noch nicht bestimmt, doch werden die Spanten und die untersten Platingänge für den Neubau bereits in den Werkstätten der Werft gebogen.

Der brasilianische Torpedokreuzer „Tupi“, welcher schon Mitte November als fertig von der brasilianischen Regierung übernommen war, liegt noch in Kiel, und ist seine Abreise wiederum bis auf den 27. Dezember verschoben. Der bereits seit Oktober in Kiel befindlichen brasilianischen Besatzung des „Tupi“ fehlte das Heizpersonal für die Bedienung der Feuerwerke und Schiffsheißer; dasselbe sollte von Kiel aus für die Ueberführung des Schiffes angeworben werden. Die Auffüllung dieses Personals und dessen Ausbildung an Bord haben um so mehr Schwierigkeiten und Verzögerungen der Abfahrt veranlaßt, als sich unter den contraktlich Angeworbenen Angehörige der verschiedensten europäischen Nationen befinden.

## Plandereien aus Natur und Leben.

Von H. Bobbermin.

## Hafenbrot, Käse(n)bröt.

Wenn der Jäger von der Jagd zurückkehrt, dann bringt er dem kleinen Fritz Hafenbrot mit, das ist ein Stück von dem mitgenommenen Frühstück resp. Vesperbrot. Obgleich Brot, Butter und etwaige Zutaten derselben Vorrathskammer entnommen sind, aus welcher auch er und zuweilen in gleicher Güte seine Frühstücksschnitte erhalten hat, so gewährt ihm das Mitgebrachte doch einen viel größeren Genuß; es ist eben dem Jäger abgejagt und in dieser Vorstellung, die in ihm seitens der Eltern oder auch der älteren Geschwister von früherer Jugend an erweckt worden ist, liegt gerade der große Reiz. — Hafenbrot ist für den kleinen Fritz ein Lederbissen. — — — Fährt der Landmann in die Stadt, dann ruft ihm der kleine Peter nach: Vater, bring mir auch Hafenbrot mit. In diesem Falle ist Hafenbrot in der Regel ein fadenartiges Gebäck, natürlich auch dem Jäger abgenommen, das aber umsonst ein Lederbissen für ihn ist, als auf dem Lande in den meisten Familien Kuchen nur zu den hohen Festtagen gebacken wird. — Unter Hafenbrot versteht man auch ein wirkliches Nahrungsmittel für die jungen Jäger. Die Hafenmutter wirft mehrmals im Jahre 3 bis 5 lebende Junge. Der erste Wurf erfolgt schon ausgangs Februar oder anfangs März; daher der Name Märzhafe. — Die Natur bietet für die kleinen Geschöpfe in dieser Jahreszeit noch wenig Genußbares. Aber die glittige Vorsehung hat in ihrer großen Weisheit für diese kleinen Lebewesen ein Krutlein erschaffen, das schon in den ersten Frühlingstagen dem kaum angefalteten Erdboden entsteigt und in seinen Blättern und Wäldchen nicht nur hinreichend Futter gewährt, sondern hinsichtlich der zureichenden Bestandtheile auch als eine wahre Delikatesse verpfeift wird. Und dieses Krutlein nennt der Landmann „Hafenbrot“. Der Botaniker versteht darunter die Feld-Adiantum oder die gemeine Samjung (Luzula campestris). Die Samjung unterscheidet sich von der eigentlichen Samne oder dem Kriebelgras (Lanous) durch die einfädigen, nur drei Samen enthaltenden Kapselfrüchte, während die Samne dreifädige und dreisamige Kapselfrüchte hervorbringt, durch die Zahl ihrer Staubgefäße, deren immer sechs vorhanden sind und durch die faden an ihren Rändern mit Haaren besetzten Blätter. Sie wächst überall auf dünnem Boden, auf Brachäckern und Weideplätzen, in Wäldern und Wäldchen. Meistens nur spärlich, erreicht sie in manchen Gegenden zur Sommerzeit wohl die doppelte Höhe. Die Blätter stehen am Ende des Stängels in länglichen, ziemlich losen Trauben, bald rüthlichbraun, bald schwärzlichbraun gefärbt. — Die Behauptung, daß auch Kinder dieses Hafenbrot wegen seines süßlichen Geschmacks aufsuchen und verpeifen, mag für manche Gegenden nicht ganz unzutreffend sein, für unser liebes Pommernland dürfte diese Behauptung wohl mit einem großen Fragezeichen zu versehen sein. Oder liegt hier auch eine Verwechslung vor mit dem Kriebelgras oder der Kaspappel? Zur Zeit der Fruchtreife von Malva rotundifolia, einer Pfingstrose, die an Sträßen, Zäunen, auf Schutt und kleinen Ängern mitten in Dörfern sehr gemein ist, sieht man oft genug, wie sich die Kinder aus dem grünen Reich den Samen herauszupfen und mit einem wahren Schmatzen verzehren; der Samen besteht aus vielen kreisförmig gestellten einseitigen Fruchtblättern und gleicht in der Gestalt einem Kaspelchen, woraus der Name Kaspappel entstanden ist. Kaspappel bezieht sich wohl mehr auf eine größere Art derselben Gattung, die Rosenpappel oder das Siegenastrant (Malva Alcea), die bei uns ebenfalls auf Ängeln und Ackerändern vorkommt, und die der aus Süd-Europa stammenden Stock- oder Herbstrose



Bauf-Papiere.		Bauf-Papiere.	
Bauf für Spirit		Disc.-Com.	8% 198,905
1. Brod. 3 1/4%	63,805 1/2	Dresd. B.	8% 158, 40 1/2
Berl. Cff. B.	4% —	Nationalb.	6 1/2% 149,755 1/2
do. Bfclage.	4% 173,605	Bonn. Hyp.	
Bresl. Disc.		comp.	6% 156, 105 1/2
Bauf 6 1/2%	121,005 1/2	Pr. Centr.	
Darmst. C. 8 1/4%	—	Mod.	9 1/2% 170,755 1/2
Deutch. B.	9% 206,705	Reichsbauk	7 1/2% 162,005 1/2
Dittsch. Gen.	5% 118,105 1/2		
<b>Gold- und Papiergeld.</b>			
Infanten per St.	9,715	Engl. Banknot.	20,365
Souverains	20,355 1/2	Frantz. Banknot	80,805
20 Franc-Stücke	16,1755	Oester. Banknot	163,35 1/2
Gold-Dollars	4,18755	Russische Bank.	216,405
<b>Bank-Discount.</b>		<b>Bank-Discount.</b>	
Reichsbank 5. Lombard		Reichsbank 5. Lombard	
6 Brozint.		6 Brozint.	
Privatdiscount	1 1/2 %	Privatdiscount	1 1/2 %
Amsterdam 8 T.	2 1/2 %	Amsterdam 8 T.	2 1/2 %
do. 2 M.	2 1/2 %	do. 2 M.	2 1/2 %
Belg.-Klages 8 T.	2 1/2 %	Belg.-Klages 8 T.	2 1/2 %
do. 2 M.	2 1/2 %	do. 2 M.	2 1/2 %
London 8 T.	2 %	London 8 T.	2 %
do. 3 M.	2 %	do. 3 M.	2 %
Paris 8 T.	2 %	Paris 8 T.	2 %
do. 2 M.	2 %	do. 2 M.	2 %
Wien, 3. M. 8 T.	4 %	Wien, 3. M. 8 T.	4 %
do. 2 M.	4 %	do. 2 M.	4 %
Schwed.-Bl. 10 T.	3 %	Schwed.-Bl. 10 T.	3 %
Ital. Pl. 10 T.	5 %	Ital. Pl. 10 T.	5 %
Petersburg 8 T.	4 1/2 %	Petersburg 8 T.	4 1/2 %
do. 2 M.	4 1/2 %	do. 2 M.	4 1/2 %
20 1/2% 461,755		20 1/2% 461,755	
erte 7 1/2% 159,905		erte 7 1/2% 159,905	
ahn 8% 149,405		ahn 8% 149,405	
mp. 4% —		mp. 4% —	







